



Rede

**des wirtschafts-, mittelstands- und
energiepolitischen Sprechers
der CDU-Landtagsfraktion,
Hendrik Wüst MdL**

im Plenum des Landtags NRW

am

14. April 2011

TOP 1 – Haushaltsgesetz 2011

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man über die Wirtschaftspolitik dieses Landes spricht, muss man in den letzten Monaten den Eindruck gewonnen haben, dass die Wirtschaftspolitik der Landesregierung die Grundlage für die Behauptung legen soll, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört sei: Zuerst wird das Wirtschaftsressort um die Landesplanung erleichtert, mit dem Klimaschutzgesetz macht dem Wirtschaftsminister dann der Umweltminister schon allein die Mitsprache streitig. Die Grundsatzfragen der Energiepolitik musste das Wirtschaftsministerium direkt an Herrn Remmel abgeben. Die Atomaufsicht ist dem Wirtschaftsministerium geblieben – was Sie daraus machen, haben wir in den letzten Tagen lebhaft erfahren.

Das Wirtschaftsressort ist gefleddert und nur noch ein Schatten seiner selbst. Schon ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt hagelt es kritische bis vernichtende Stellungnahmen. Birger Heuser, Landesvorsitzender des Verbandes „ASU – Die Familienunternehmer“, äußert sich schon zum Ende des vergangenen Jahres in der „Bild-Zeitung“ mit dem vernichtenden Fazit: „Die wollen gar nicht mit uns reden, denen ist egal, was die Wirtschaft denkt – Hauptsache wir zahlen unsere Steuern.“ Selbst der Präsident der IHK zu Köln, Bauwens-Adenauer, sah sich beim Neujahrsempfang genötigt festzustellen, dass die Landesregierung in der Verkehrs- und Industriepolitik ohne Richtung sei, und forderte ein klares Bekenntnis zum Industrieland. – Inzwischen, Kollege Eiskirch – das sollten Sie besonders sensibel betrachten – teilen selbst Gewerkschafter die Sorge um die Industriepolitik Ihrer Regierung.

Die Medien berichten darüber, dass nach 18 Uhr keine Ministertermine mehr gemacht werden, dass Terminabsprachen mit der Wirtschaft nicht funktionieren, das Ministerbüro chaotisch sei und die Motivation der Mitarbeiter leide. All das gipfelt in der Spekulation, der Minister sei nur Platzhalter für den Fall, dass es doch noch zu einer Dreierkoalition käme; er sei also ein Minister auf Abruf. All das nennt man wohl einen klassischen Fehlstart.

Die von Herrn Birger Heuser beschriebene Haltung macht sich auch an ganz konkreter Politik fest: Kies-Euro, Wasserentnahmeentgelt, Bettensteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbsteuer.

Zum Kies-Euro: Laut Koalitionsvertrag soll zukünftig eine Abgabe auf die Entnahme von Kiesen und Sanden erhoben werden. Wie man das ausgestalten kann, hat uns Herr Remmel in der letzten Periode mit einem Gesetzentwurf beschrieben. Es kämen 60 Millionen Euro auf die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu. Diese wird das nicht einstecken können. Dazu sind die Margen zu knapp. Am Ende bezahlen es diejenigen, die bauen, nämlich Kommunen und junge Familien.

Zum Wasserentnahmeentgelt: Die christlich-liberale Landesregierung hat die Abschmelzung des Wasserentnahmeentgeltes beschlossen, um Wettbewerbsnachteile für nordrhein-westfälische Firmen zu beseitigen. Die Minderheitsregierung hat jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes rückgängig gemacht werden soll. Gleichzeitig soll das Wasserentnahmeentgelt gegenüber dem heutigen Stand um 1,4

Es gilt das gesprochene Wort!

Cent pro Kubikmeter für Entnahmen wie etwa zum Zwecke der Kühlwassernutzung, um 1,6 Cent pro Kubikmeter für Zwecke der Durchlaufkühlung und um 0,16 Cent pro Kubikmeter im Übrigen erhöht werden. Das entspricht einer Steigerung von 40 bis 60 Prozent zum Beispiel für die Kühlwassernutzung.

Die Landesregierung belastet die Industrie in Nordrhein-Westfalen damit langfristig mit rund 100 Millionen Euro und gefährdet akut 2.000 Arbeitsplätze in den betroffenen Branchen.

Zur Bettensteuer: Die von Herrn Walter-Borjans in Köln erfundene Bettensteuer ist vom Innen- und vom Finanzministerium am 9. September genehmigt worden. Dadurch ist die Bettensteuer landesweit zugelassen. Die Bettensteuer löst nicht die Finanzprobleme der Kommunen. Sie geht weit über den populistisch propagierten Ausgleich für die reduzierte Mehrwertsteuer hinaus. Sie ist rechtlich fragwürdig und steuersystematischer Irrsinn. Sie schadet dem Tourismus und damit einer Branche, in der gerade diejenigen Arbeit finden, die es auf dem Arbeitsmarkt häufig schwer haben.

Zur Gewerbesteuer: Mit dem umstrittenen Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 erfolgt eine Anpassung der fiktiven Hebesteuersätze. Die Grundsteuer A wird um 17 Punkte, die Grundsteuer B um 32 Punkte und die Gewerbesteuer um 8 Punkte von 403 auf 411 Punkte erhöht. Damit erhöhen Sie in den ländlichen Kommunen des Landes flächendeckend die Gewerbesteuer. Diese Kommunen haben Sie schon zuvor mit den Änderungen des Soziallastenausgleiches in eine ausweglose Lage gebracht. Die Hebesatzanhebung ist weder durch das ifo-Gutachten noch durch die Beschlussempfehlung der ifo-Kommission gedeckt. Sie erhöhen flächendeckend die Steuern für die gewerbliche Wirtschaft im Land in einer Zeit, in der Sie ja noch behaupten, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört. Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden: Entweder es gibt eine Störung, oder die Wirtschaft ist so stark, dass man abkassieren kann. Beides gleichzeitig funktioniert nicht.

Zur Grunderwerbsteuer: Das wird Ihr nächster Streich. Damit auch nicht eine einzige Steuer oder Abgabe in diesem Land ohne Erhöhung bleibt, haben Sie sich das für die zweite Jahreshälfte vorgelegt. Es ist zu lesen, dass Sie mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von rund 600 Millionen Euro pro Jahr rechnen. Wie sagte Birger Heuser richtig: „Denen ist egal, was wir denken – Hauptsache, wir zahlen unsere Steuern.“

Dieser Strauß an Grausamkeiten wird durch die Klimaschutzpläne von Minister Rimmel garniert, die zu einem Aufschrei bei Unternehmern und Gewerkschaften geführt haben. Sie nötigen die Handwerkskammern in einen sogenannten Kompromiss zu den Umweltzonen und rufen in der Gemeindefinanzwirtschaft das Motto „Staat vor Privat“ aus. Man fragt sich bei all dem, was der Wirtschaftsminister tut. Die Antwort ist ernüchternd: Er bestellt sich einen Ruhesessel für sein Ministerbüro. – Herr Minister, Sie müssten bei all diesen Belastungen Alarm schlagen und die Interessen von Wirtschaft und Beschäftigung vertreten. Aber es passiert nichts.

Nordrhein-Westfalen hat in den Jahren 2007 und 2008, als die Politik der christlich-liberalen Regierungen im Land und im Bund wirken konnte, beim Wachstum über dem Bundesdurchschnitt gelegen. In allen übrigen Jahren – lange zurück und bis heute – sind wir schwächer gewachsen und stärker gesunken als der

Es gilt das gesprochene Wort!

Bundesdurchschnitt. Dieses Land bräuchte eine Wirtschaftspolitik, die diese Herausforderungen annimmt, und einen Wirtschaftsminister, der kämpft wie Löwe und nicht Politik macht wie Ruhesessel. – Vielen Dank fürs Zuhören.